



## INHALT Oktober 2010

SEITE 1

### „KEINE ENTWARNUNG“

Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen

### DIE PLANUNGEN SIND ANGELAUFEN

Internationale Wochen gegen Rassismus 2011

SEITE 2

### ZUSAMMENHALT DURCH TEILHABE

Neues Programm des Innenministeriums zielt auf Ostdeutschland

### „STARKE FRAUEN, SCHWERER WEG“

Informationen zur Benachteiligung muslimischer Frauen

SEITE 3

### JULIUS-HIRSCH-PREIS VERLIEHEN

Fußballbund ehrt Engagement

### ELF FREUNDE MÜSST IHR SEIN

Charta der Vielfalt

SEITE 4

### EINE STADT WEHRT SICH

Kellinghusen ist gegen Rechts aktiv

### FILM DES MONATS:

Spurensuche

## „KEINE ENTWARNUNG“

### Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen

Am 13. Oktober 2010 wurde in Berlin eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie zu politischen Einstellungen in Deutschland vorgestellt. Die Botschaft war wenig erfreulich: „Keine Entwarnung: Der Wunsch nach Diktatur und die Zunahme von Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus gefährden die Demokratie.“ Die Studie „Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ basiert auf einer Repräsentativbefragung und setzt Untersuchungen fort, die seit 2002 durchgeführt werden. Rechtsextreme Einstellungen wurden in der Befragung unter sechs konkreten Dimensionen untersucht: Befürwortung Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Verharmlosung Nationalsozialismus. In einer 2006 veröffentlichten Untersuchung konnte ein Rückgang der rechtsextremen Einstellung verzeichnet werden. 2010 hat sich das gewendet: In den meisten Dimensionen ist die Zustimmung angestiegen. So ist die Befürwortung einer Diktatur angestiegen. 2010 wünscht sich in Deutschland gut jede/r Vierte eine „starke Partei“, die die „Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, mehr als jede/r Zehnte einen „Führer“, der „Deutschland zum Wohle aller mit harter Hand regiert“. Und etwa jede/r Zehnte hält eine „Diktatur“ für „die bessere Staatsform“.

Im Vergleich zu 2008 ist 2010 auch der Rassismus stärker ausgeprägt. Ein Viertel der Bevölkerung stimmt Aussagen ausländerfeindlichen Inhalts zu, 2008 war es etwa ein Fünftel. Das Ausmaß der Ausländerfeindlichkeit wird bei den Einzelaussagen deutlich. Durchgängig mehr als 30 % der Deutschen stimmen folgenden Aussagen zu: „Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen“, bei knappen Arbeitsplätzen „sollte man Ausländer wieder in ihre Heimat schicken“ und durch „die vielen Ausländer“ werde Deutschland „in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Unabhängig von der Erhebung zum Rechtsextremismus haben die Forscher

auch nach Islamfeindlichkeit gefragt. Der Aussage „Araber sind mir unangenehm“ stimmten 55,4 % zu, 2003 waren es 44,2 %. Die Religionsausübung für Muslime wollen bundesweit 58,4 % verbieten, in Ostdeutschland sogar 75,7 %.

Unverändert im Vergleich zu 2008 sind die Dimensionen Antisemitismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. In der Studie heißt es dazu: „Diese durchaus gute Nachricht ist auch eine schlechte Nachricht: Der Anteil der Bevölkerung, der antisemitisch eingestellt ist und dies offen bei allen drei Aussagen dieser Dimension zu erkennen gibt, liegt weiterhin bei knapp 10 %.“

Die Untersuchung zeigt auch, dass Ältere eher rechtsextremen Aussagen zustimmen als Jüngere und Personen mit niedrigerem Bildungsgrad eher als höherem Bildungsabschluss.

Von der sozialen Schichtung her gibt es in der Schicht mit den niedrigsten Einkommen eine stark ausgeprägte rechtsextreme Einstellung. Allerdings sind zum

Beispiel auch in der gut verdienenden Mittelschicht in Westdeutschland deutlich ausgeprägte rechtsextreme Einstellungen zu finden.

Die Studie diskutiert auch, wie die Situation verändert werden kann. Zwei Stichpunkte dazu: Demokratie stärken und Bildung. Gemeint ist: Demokratie muss erlebbar sein, in Kindergarten, Schule, Hochschule und in der Arbeitswelt. Bildung ist Voraussetzung zur Teilhabe am demokratischen Prozess – und schützt in gewissem Maß vor rechtsextremen Einstellungen. Die Studie kommt in diesem Zusammenhang zu der Forderung „Gesellschaft neu denken“, um die Demokratie zu stärken. Da dürfte in der Tat ein Diskurs nützlich sein.

Die Studie „Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ (Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler) kann auf der Internetseite der Friedrich-Ebert-Stiftung herunter geladen werden:

[www.fes.de](http://www.fes.de)

## DIE PLANUNGEN SIND ANGELAUFEN

### Internationale Wochen gegen Rassismus 2011

Am 28. September 2010 wurden auf einer Tagung in Frankfurt/Main die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2010 bilanziert und die Wochen für das kommende Jahr vorbereitet.

Das Projekt „Internationale Wochen gegen Rassismus“ wird jedes Jahr vom Interkulturellen Rat organisiert und schließt seit vielen Jahren Vereine, Kirchen, kleine und große Initiativen, Städte und Gemeinden zusammen, die sich gegen Rassismus engagieren. Zu den Kooperationspartnern, Unterstützern und Sponsoren gehören seit Jahren auch die deutschen Gewerkschaften (Deutscher Gewerkschaftsbund, DGB-Bildungswerk, IG Metall, IG Bergbau Chemie Energie) und der den Gewerkschaften nahe stehende Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V. Die diesjährigen „Internationalen Wo-

chen gegen Rassismus“ waren ein voller Erfolg. An über 900 Veranstaltungen nahmen etwa 90.000 Menschen teil. Durch Stadiondurchsagen in den Fußball-Bundesligen, die Ausstrahlung des Kampagnenspots sowie Interviews in den Medien wurden zudem zwischen vier und fünf Millionen Menschen erreicht. Im kommenden Jahr sollen die Schwerpunkte auf die Ethnisierung von sozialen Unterschieden in europäischen Gesellschaften, Umgang mit Flüchtlingen, Umgang mit Sinti und Roma, Sarrazin-Debatte, Ausgrenzungserfahrungen und Potentiale von jungen Flüchtlingen, antimuslimischer Rassismus sowie politische und gesellschaftliche Partizipationshindernisse für Migrantinnen und Migranten gelegt werden.

Weitere Infos:

[www.interkultureller-rat.de](http://www.interkultureller-rat.de)



„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

# „ZUSAMMENHALT DURCH TEILHABE“

## Neues Programm des Innenministeriums zielt auf Ostdeutschland

Im September 2010 hat das Bundesministerium des Inneren (BMI) das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ vorgestellt. Damit sollen an der Basis angesiedelte Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland gefördert werden. Innenminister Thomas de Maizière erklärte bei der Vorstellung des Programms: „Es gibt Tendenzen, dass Rechtsextreme in die Mittelschicht eindringen. Die NPD tritt in manchen Regionen nicht als Partei auf, sondern als soziale Organisation, als Rattenfänger, die mit den Klängen der Schalmei betören.“

Im Mittelpunkt der Förderung stehen Kommunen, Landkreise und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in Ostdeutschland, die von gesellschaftlichen Veränderungen etwa durch Abwanderung oder demografischen Wandel besonders betroffen sind. Bei der Förderung gibt es drei Schwerpunkte:

1. Förderung von MitarbeiterInnen in Vereinen, Verbänden, Kommunen und Landkreisen in ihrer Funktion als Multiplikatoren bürgerschaftlichen Engagements. Gleichzeitig wird die Kooperation



zwischen Verwaltung, freien Trägern und Wirtschaft unterstützt.

2. Förderung von Bürgerbündnissen und Initiativen in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands, die das demokratische Engagement und zivilgesellschaftliche Kooperationen vor Ort stärken.

3. Förderung von Modellprojekten zur Stärkung von Teilhabe und Engagement. Ziel ist die Entwicklung von neuen Ansätzen zur Stärkung

demokratischer Teilhabe.

Das Programm verfügt über ein Fördervolumen von 18 Millionen und läuft zunächst bis 2013. Förderanträge können noch bis zum 31. Oktober gestellt werden. Eine zweite Förderrunde wird im ersten Quartal 2011 durchgeführt.

Weitere Informationen im Internet unter:

[www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de](http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de)

# „STARKE FRAUEN, SCHWERER WEG“

## Informationen zur Benachteiligung muslimischer Frauen

Die Formel, wonach gute Bildung beruflichen Erfolg ermöglicht und auch zentral für eine erfolgreiche Integration ist, wird in der öffentlichen Debatte gerne bemüht, trifft allerdings keineswegs immer die Realität. Viele junge muslimische Frauen, die eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren und ihre Qualifikationen in unsere Gesellschaft einbringen wollen, machen oft die Erfahrung, dass sie in der Arbeitswelt und in der Öffentlichkeit ausgegrenzt und diskriminiert werden. Das geht aus wissenschaftlichen Untersuchungen und Erfahrungsberichten muslimischer Frauen hervor, die in der Broschüre „Starke Frauen, schwerer Weg – Zur Benachteiligung muslimischer Frauen in der Gesellschaft“, zusammengetragen wurden. Erstellt wurde die Publikation von der „Arbeitsgruppe Muslimische Frauen“ beim Interkulturellen Rat.

In Bewerbungsverfahren werden zum Beispiel Frauen mit türkisch klingenden Namen oder kopftuchtragende Musliminnen unabhängig von ihrer Qualifikation benachteiligt. Eine andere Erfahrung: Trotz guter Studienleistungen bemühen sich muslimische Studentinnen in der Verwaltung, bei Beratungsstellen, in Kindertagesstätten, Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen oft erfolglos um Praktikumsstellen und Plätze für ein Referendariat. Gleichzeitig wird langjährigen bewährten Mitarbeiterinnen gekündigt, weil ihre Arbeitgeber der Auffassung sind, dass

kopftuchtragende Mitarbeiterinnen den Klienten, Kunden oder Patienten nicht zuzumuten sind.

Für kopftuchtragende Lehramtsstudentinnen endet der Berufsweg in vielen Bundesländern schon bevor er überhaupt beginnt – egal wie gut oder schlecht sie ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Seit 2003 haben insgesamt acht Bundesländer so genannte Neutralitätsgesetze erlassen, die das Tragen des Kopftuchs an öffentlichen Schulen untersagen. In einigen Bundesländern gilt das Kopftuchverbot auch für Erzieherinnen und für Teile oder die Gesamtheit der Beamtenschaft in Justiz, Polizei und Strafvollzug. Das hat auch zur Folge, dass muslimische Abiturientinnen entgegen ihrer ursprünglichen Absicht kein Lehramtsstudium aufnehmen.

Auch auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitssystem und beim Zugang zu Waren und Dienstleistungen werden muslimische Frauen häufig diskriminiert. Manche werden in Verkehrsmitteln angepöbelt und beleidigt oder sogar von Passanten angespuckt.

„Wer einschlägige Untersuchungen und Berichte der Betroffenen unvoreingenommen zur Kenntnis nimmt, merkt schnell, dass Sarrazin und andere Unrecht haben, die Muslimen mangelnde Leistungs- und Integrationsbereitschaft unterstellen und gesellschaftliche Diskriminierung schlichtweg leugnen“, erklärte Torsten Jäger, Geschäftsführer des Interkulturellen



Rates zur Veröffentlichung der Broschüre, die auch als Beitrag zur Versachlichung der in den letzten Wochen zunehmend emotionalisierten Debatte um das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen in Deutschland sein soll.

Die Broschüre „Starke Frauen, schwerer Weg – Zur Benachteiligung muslimischer Frauen in der Gesellschaft“ wird vom bundesweiten Clearingprojekt Zusammenleben mit Muslimen herausgegeben, das von der Groeben-

Stiftung gefördert und aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds kofinanziert wird. Herunter geladen werden kann sie unter:

[www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/StarkeFrauen.pdf](http://www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/StarkeFrauen.pdf)

Printexemplare können beim Interkulturellen Rat kostenlos angefordert werden:  
**Interkultureller Rat in Deutschland e.V.**  
**Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt**  
**Tel.: 06151 - 33 99 71**  
**Fax: 06151 - 39 19 740**



# JULIUS-HIRSCH-PREIS VERLIEHEN

Fußballbund ehrt Engagement für Vielfalt und gegen Ausgrenzung



Fußball gemeinsam mit Asylbewerbern: SV Sedlitz Blau Weiß 90

Anfang September hat in Köln der Deutsche Fußball-Bund (DFB) den von ihm gestifteten Julius-Hirsch-Preis verliehen.

Mit dem Preis werden Menschen, Initiativen und Vereine ausgezeichnet, die sich „beispielhaft und unübersehbar für die Unverletzbarkeit der Würde des Menschen und gegen Antisemitismus und Rassismus, für die Vielfalt aller Menschen und für Verständigung und gegen Ausgrenzung von Menschen“ einsetzen. Der Preis erinnert an den früheren deutschen Nationalspieler Julius Hirsch, der 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft aus dem Karlsruher FV ausgeschlossen wurde. Zehn Jahre später, 1943, wurde er im KZ Auschwitz ermordet.

Die diesjährigen Preisträger sind Roter Stern Leipzig, der SV Lehrte 06 und SV Sedlitz Blau Weiß 90. Die Sportwissenschaftlerin Angelika Ribler erhielt einen Ehrenpreis.



**Roter Stern Leipzig 99** wurde 1999 von einigen Jugendlichen gegründet. Heute zählt der Verein bereits 400 Mitglieder. Unter dem Motto „More than Soccer“ werden die Jugendtrainer geschult, die Prinzipien des Vereins in den Trainingsbetrieb zu übertragen und umzusetzen. So lernen die Kinder und Jugendlichen Konflikte gewaltfrei zu lösen, erfahren demokratische Grundwerte, setzen sich ein für Toleranz und gegen Diskriminierung und erleben Integration unmittelbar. Als Antwort auf zahlreiche gewalttätige Anfeindungen setzt Roter Stern Leipzig mit seinem Angebot an Begegnungsmöglichkeiten für jugendli-

che Fußballfans ein Zeichen. Im Oktober 2009 hatten bei einem Auswärtsspiel mehrere Dutzend Randalierer mit rechtsextremem Hintergrund die Spieler der Bezirksklasse-Mannschaft von Roter Stern Leipzig überfallen.

Der **SV 06 Lehrte** ist seit Januar 2000 Stützpunktverein „Integration durch Sport“ des Landes Sportbundes Niedersachsen. Im Februar 2008 wurde beschlossen, die Integrationsarbeit und die damit verbundene soziale Komponente unter dem Motto „Nicht Gegeneinander, Nicht Nebeneinander – Endlich Miteinander“ in den Mittelpunkt zu rücken. Dazu wurden drei Integrationsbeauftragte gewählt, die sich nicht nur für MigrantInnen, sondern auch für kranke und behinderte Menschen einsetzen. In Kooperation mit dem türkischen Elternverein Lehrte und Umgebung e.V. bietet der Verein Hausaufgabenhilfe an. Für Schulabgänger wird ein Bewerbungstraining angeboten.

Der **SV Sedlitz Blau Weiß 90** – ein Kreisligaklub aus dem brandenburgischen Senftenberg steht seit seiner Neugründung vor 20 Jahren in einem intensiven Kontakt zu einem Asylbewerberheim. Viele Asylbewerber traten dem Verein bei und spielten dort Fußball. Der Klub engagiert sich in der Initiative des Landes Brandenburg „Vielfalt tut gut“. Eine weitere Aktion des Vereins stand unter dem Motto „Verein(t) gegen Rechtsextremismus“. Als die Mannschaft des SV Sedlitz in der Vergangenheit bei Auswärtsspielen mit rechtsradikalen Paro-



Julius Hirsch, Foto: DFB

len beschimpft und verhöhnt wurde, klagte der Verein und erwirkte dadurch empfindliche Geldstrafen gegen die Heimvereine.

**Angelika Ribler** – Diplom Psychologin und Diplom Sportwissenschaftlerin – ist unter anderem Leiterin des Projekts „Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport“ bei der Sportjugend Hessen sowie freiberufliche Projektberaterin und Coach im Institut für SportMediation und Konfliktmanagement. Sie beschäftigt sich seit vielen Jahren aktiv mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung im und um den Sport. Ihr Engagement zielt darauf, den Hessischen Fußball-Verband und seine Vereine für Vielfalt und Demokratie – gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt stark zu machen. Seit 2007 berät Angelika Ribler den Vorstand der Deutschen Sportjugend, die innerhalb des DOSB die Federführung für das Themenfeld „Umgang mit Rechtsextremismus im Sport“ innehat.

## ELF FREUNDE MÜSST IHR SEIN

„Charta der Vielfalt“ künftig Verein

Die Initiative „Charta der Vielfalt“ wird ab dem kommenden Jahr als Verein weitergeführt. Dies wurde offiziell auf einem Kongress am 23. September 2010 von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer, mitgeteilt. Ausrichter des Kongresses war die Deutsche Telekom. Zuvor hatte sich am 10. September der „Charta der Vielfalt e.V.“ gegründet. Elf Unternehmen bilden den neuen Verein und entscheiden über die weitere Ausrichtung der Charta. Im einzelnen sind das: BASF, Bayer, BP, Daimler, Deutsche

Bahn, Deutsche Bank, Deutsche Telekom, E.ON, Ford, Henkel und McDonald's Deutschland. Auch die Integrationsbeauftragte wird sich weiterhin an der Gestaltung der Charta beteiligen. Zur Vereinsstruktur heißt es in einer Erklärung: „In vier Gremien wird zukünftig über die inhaltliche Gestaltung der Charta abgestimmt, beraten und entschieden: In der Mitgliederversammlung, im Vorstand, im Beirat und der Geschäftsstelle. Die Mitgliederversammlung ist das Leitungsgremium des Vereins. Sie bestimmt maßgeblich

deren strategische Entwicklung und inhaltliche Ausrichtung. Aus dem Kreis der Mitgliederversammlung wurde ein Vorstand gewählt, der die Geschäfte des Vereins führt. Ein Beirat repräsentiert die Anliegen aller Unterzeichnersegmente und hat beratende Funktion für den Vorstand des Vereins. Die operativen Aktivitäten der Initiative werden durch eine Geschäftsstelle geplant und durchgeführt.“ In den Vorstand gewählt wurden Silvia Merretz (McDonalds Deutschland) und Birgit Reinhardt (Deutsche Bahn AG).

Die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer ist festes Vorstandsmitglied und unterstützt den Verein auch weiterhin finanziell. Vorstandsvorsitzende des neuen Vereins ist Silvia Merretz. Die „Charta der Vielfalt“ wurde im Dezember 2006 unter Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin ins Leben gerufen. Die Charta, die ein grundlegendes Bekenntnis zu Vielfalt, Toleranz, Fairness und Wertschätzung in der Arbeitswelt verpflichtet, ist bislang von rund 870 Unternehmen unterzeichnet worden.

charta der vielfalt



## FILM DES MONATS

### Spurensuche

Um an die Reichspogromnacht zu erinnern, haben Jugendliche aus verschiedenen Schulen und Jugendeinrichtungen in Hagen ein Theaterstück entwickelt, in dem sie sich mit den Geschehnissen zur Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzen.

Auf der DVD ist das gesamte Stück zu sehen. Mit Schauspiel, Musik und Tanz erzählen die Jugendlichen eine Geschichte, die fiktiv ist, aber in dieser oder ähnlicher Form tausendfach stattgefunden hat. Sie zeigen den um sich greifenden Antisemitismus, Familienväter, die hohe Positionen in der SS haben und Anschläge auf jüdische Einrichtungen und Häuser vorbereiten, Schulen aus denen jüdische Kinder vertrieben werden und an denen „Rassenlehre“ unterrichtet wird, Familien, die ein Familienmitglied verlieren und sich verstecken müssen, Familien, die helfen. Das Stück fragt nach der Verantwortung jedes einzelnen und zeigt, dass die Täter aus ganz „normalen“ Familien kamen.

Durch ihre Eindringlichkeit und Ernsthaftigkeit regen die jungen Schauspielerinnen und Schauspieler zum Nachdenken an und wollen zum eigenen Handeln motivieren, damit gegen aktuelle Formen von Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus vorgegangen wird.

Hrsg.:  
Jugendring  
Hagen e.V.  
Regie:  
Chahine  
Gandhi  
Dokumentarfilm  
Hagen o. J.  
Laufzeit: 124 Min., DVD



Der Film kann über das DGB Bildungswerk ausgeliehen werden:  
[www.migration-online.de/medienvleih](http://www.migration-online.de/medienvleih)

## EINE STADT WEHRT SICH

### Kellinghusen ist gegen ihre rechte Szene aktiv

Am 1. September 2010 wurde in der schleswig-holsteinischen Stadt Kellinghusen im Kreis Steinburg die Dokumentation „Der Ungeist kehrt wieder – Eine Stadt wehrt sich gegen ihre rechtsextreme Szene“ vorgestellt. Eingeladen hatten zu der Veranstaltung die Stadt und der kriminalpräventive Rat. In Schleswig-Holstein gibt es in 92 Städten und Gemeinden kriminalpräventive Gremien. Sie sind lokale Präventionseinrichtungen, die auf der Basis des Landesrats für Kriminalitätsverhütung arbeiten. Den Landesrat gibt es seit 20 Jahren. Den Rahmen für die Vorstellung bildeten die „3. Kellinghusener Friedenstage“.

Die nicht einmal 10.000 Einwohner zählende Stadt hat – wie die Dokumentation zeigt – einiges erlebt: einen Brandanschlag auf die örtliche Polizeistation, Hakenkreuzschmierereien und vor allem Hetze und Übergriffe gegen einen engagierten Lehrer, Plakataktionen, ein Fackel-Aufmarsch in einer Hauptstraße. Und: Schon einmal, Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre, hatte sich eine rechtsextreme Szene im Ort breit gemacht. Aber die Stadt und ihre

Bürgerinnen und Bürger haben sich gewehrt und eindeutig gegen rechts positioniert. Damals wie heute.

Das wusste auch der schleswig-holsteinische Innenminister Klaus Schlie, der zur Vorstellung der Dokumentation nach Kellinghusen gekommen war: „Sie haben in vorbildlicher Weise ein herausragendes Zeichen für Zivilcourage und gesellschaftliche Verantwortung gegeben.“ Als Beispiele nannte der Minister die lokale Bürgerinitiative „Kellinghusener Stadtwege zu Mitmenschlichkeit“ und das Gemeinschaftsprojekt der Realschule und der Polizeizentralstation Kellinghusen, das mit zahlreichen Veranstaltungen und Berichten von Zeitzeugen die Rolle der Stadt und der Polizei während der Zeit des Nationalsozialismus beleuchtet habe.

Und ein Beispiel für Gegenwehr ist natürlich auch die Dokumentation. Sie bildet den Abschluss eines Projektes des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Kellinghusen sowie des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein.

Die Publikation stellt rechtsextreme

Vorfälle der letzten Jahre in Kellinghusen dar, beschreibt den Umgang mit ihnen in der Stadt und enthält Gespräche mit Betroffenen.

Sie ist unter  
[beranet-sh@im.landsh.de](mailto:beranet-sh@im.landsh.de)  
kostenlos zu bestellen.

### IMPRESSUM

Der Newsletter „Aktiv und Gleichberechtigt“ wird gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds.



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge

### HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.  
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

### VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE  
Leo Monz, DGB Bildungswerk  
Volker Roßocha, DGB  
Bernd Vallentin, ver.di  
Holger Vermeer, IG Bau

### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

### REDAKTION

Bernd Mansel  
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

### FOTOS

IG BCE Kumpelverein

### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211-4301 193  
E-Mail: [info@gelbehand.de](mailto:info@gelbehand.de)

### PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf  
Internet: [www.setzkasten.de](http://www.setzkasten.de)  
Tel.: 0211/40800900

## Resolution

Berichte in den Zeitungen über individuelle Terrorisierungen von MitbürgerInnen der Stadt Kellinghusen, über Sachbeschädigungen, Hakenkreuzschmierereien und Bedrohungen mit rechtsradikalem Hintergrund veranlassen die Ratsversammlung der Stadt Kellinghusen zu der folgenden Resolution:

Die Stadt Kellinghusen steht für ein friedliches Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger, für Demokratie, Toleranz und Mitmenschlichkeit.

Entschieden wendet sich die Ratsversammlung der Stadt Kellinghusen gegen jede Form rechtsextremistisch motivierter Gewalt und natürlich auch gegen jede andere Form von Gewalt. Die Stadt Kellinghusen verpflichtet sich deshalb im Rahmen ihrer Möglichkeiten, derartigen Aktivitäten entgegenzuwirken.

Die Ratsversammlung fordert alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kellinghusen, Vereine und Verbände, Gruppen und Initiativen auf, sich dieser Selbstverpflichtung anzuschließen.

*Ratsversammlung der Stadt Kellinghusen am 23. April 2009*

